

Kommunal-Kassen-Zeitschrift

Fachzeitschrift für die kommunale Kassen- und Vollstreckungspraxis

Jahresinhaltsverzeichnis

73. Jahrgang 2022



Herausgeber: Fachverband der Kommunalkassenverwalter e.V.

R VERLAG
RECKINGER

73. Jahrgang 2022

Heft 1 – 12; Januar – Dezember 2022

Hauptbeiträge

Grußwort des Bundesvorsitzenden des Fachverbands der Kommunalkassenverwalter e. V. zum Jahr 2022 (Dietmar Liese)		Durchsetzung von Kommunalabgaben bei Zahlungskrise, Insolvenz und Sanierung des Abgabenschuldners (Teil 2) (Dr. Friedrich L. Cranshaw)	127
Unternehmensbestattung (Teil 1) (Peter Kraus)	1	Replik auf Wipperfurth, Grundsteuerforderungen im Insolvenzverfahren, KKZ 2021, 265 ff. (Ralf Klomfaß)	134
Rechtsprechungsreport (Stefan Lissner)	2	(Fehlende) Aufsicht und Beteiligung der Gläubiger im Insolvenzverfahren. Zwischen Machtlosigkeit und Ahnungslosigkeit? (Teil 1) (Prof. Dr. Hans Haarmeyer)	145
Editorial (Stefan Lissner)	7	Verjährung zu Unrecht erbrachter Sozialleistungen – Auswirkungen der Entscheidung des Bundessozialgerichts auf kommunale Forderungen (Torsten Heuser)	153
Bericht des Bundesvorstands für das Jahr 2021 (Andrea Sommerfeldt)	25	Aktuelle Entwicklungen im Insolvenzrecht aus Sicht der öffentlich-rechtlichen Gläubiger (Teil 1) (Prof. Dr. Gerhard Pape)	154
Unternehmensbestattung (Teil 2) (Peter Kraus)	25	(Fehlende) Aufsicht und Beteiligung der Gläubiger im Insolvenzverfahren. Zwischen Machtlosigkeit und Ahnungslosigkeit? (Teil 2) (Prof. Dr. Hans Haarmeyer)	169
Einladung zur Bundesarbeitstagung 2022 (Dietmar Liese)	28	Aktuelle Entwicklungen im Insolvenzrecht aus Sicht der öffentlich-rechtlichen Gläubiger (Teil 2) (Prof. Dr. Gerhard Pape)	177
Programm der Bundesarbeitstagung 2022	49	Verjährung von Masseforderungen im Insolvenzverfahren bei angezeigter (drohender) Masseunzulänglichkeit (Christian Stoffler)	193
Fachprogramm im Rahmen der Bundesarbeitstagung 2022	50	Zinsen nach der Abgabenordnung (Teil 1) (Peter Kraus)	200
Einführung eines Tax Compliance Management Systems im Bereich Umsatzsteuer am Beispiel einer baden-württembergischen Stadt (Prof. Dr. Jörg Henkes, Janina Daum)	51	Zinsen nach der Abgabenordnung (Teil 2) (Peter Kraus)	217
Rechtsprechungsreport (Stefan Lissner)	51	Entwicklungen im öffentlichen Dienst (Stefan Lissner)	220
Leistungsabrechnung mittels elektronischer Rechnung unter Einschaltung eines Abrechnungsdienstleisters (Thomas Reck)	55	Weitere Aussetzung der Insolvenzantragspflicht? (Stefan Lissner)	223
Stärkung der Insolvenzgerichte – ein ehrenwertes Ansinnen oder eine unnötige Diskussion? (Stefan Lissner)	61	Rechtsprechungsreport (Stefan Lissner)	224
Durchsetzung von Kommunalabgaben bei Zahlungskrise, Insolvenz und Sanierung des Abgabenschuldners (Teil 1) (Dr. Friedrich L. Cranshaw)	61	Rückblick auf die Bundesarbeitstagung 2022 – eine erfolgreiche Tagung mit spannenden Vorträgen, 13 Workshops und 25 Fachausstellern (Andrea Sommerfeldt)	241
Anwendungsmöglichkeiten des StaRUG im kommunalen Bereich – ein Praxisbericht (Jochen Sedlitz)	73		
Sanierung kommunaler Unternehmen im Insolvenzverfahren als Alternative zur Privatisierung – am Beispiel eines kommunalen Krankenhauses (Steffen Beck, Torsten Gutmann, Dr. Christian Kaufmann)	74		
	97		
	102		
	121		

Intensivpatient kommunale Eigengesellschaft – Therapie durch Restrukturierung in Schutzschirmverfahren oder Eigenverwaltung (Dr. Christian Schmitt, Christian Stoffler)	245
Im Fokus: Die Ideologie der Reichsbürger und Selbstverwalter (Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus)	250
Freigabe der selbstständigen Tätigkeit im Insolvenzverfahren (Dr. Thomas Troll)	265

Vollstreckung

Soll sich eine Kommune einen Vollstreckungsbeamten „leisten“? (Karola Singer)	10
Zwangsversteigerung nach erteilter Restschuldbefreiung? Fall zum Insolvenzrecht im Zusammenspiel mit der (Immobilien-)Vollstreckung (Ralf Klomfaß)	78
Eintragung einer Zwangssicherungshypothek im Verwaltungszwangungsverfahren aus Sicht des Grundbuchamtes (Nadine Klosen)	80
Schufa-Einträge nach erteilter Restschuldbefreiung – aktueller Stand der Rechtsprechung (Jan Dorell)	104
Versicherung der ordnungsgemäßen Bevollmächtigung gem. § 753a ZPO – Lediglich für den Auftrag an den Gerichtsvollzieher von Relevanz oder auch für das Verfahren auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses anwendbar? (Robert Merz)	136
Ermittlungsbefugnisse der Vollstreckungsbehörden (Karola Singer)	184
Neues aus dem Bereich der Zwangsvollstreckung (Wiebke Wilhelm)	270

Kassenthemen

ePayment als Herausforderung für das kommunale Kassensystem? (Teil 3) (Ralf Klomfaß)	13
Kreditkartennutzung seitens der kommunalen Kasse? (Ralf Klomfaß)	33
Abnahmeprüfungen zu Datenverarbeitungsprogrammen – Empfehlungen zu Organisation und Regelungen (Ralf Klomfaß)	274

Aus der Praxis

Ein Jahr verkürzte Restschuldbefreiung – Praktische Beispiele zur Versagung (Stefan Lissner)	36
Insolvenzrechtliche Vollstreckung im Ausland – neue Mittel und Wege, um an das Geld zu kommen (Stefan Lissner)	64
Wie Sie durch Digitalisierung 90 Prozent Aufwand sparen (Dr. Olaf Schröder, Oliver Massalski)	84
Ist die Aufrechnung mit „Sitzungsgeldern“ möglich? (Ralf Klomfaß)	105

Pfändbarkeit der Energiepreispauschale? (Stefan Lissner)	203
Wie kann der Vollstreckungsaußendienst effektiv geschützt werden? (Heike Ernst, Sebastian Dietzsch)	229
Technische Hilfsmittel und Datenschutz – aufgepasst! (Stefan Lissner)	254

Aus der Rechtsprechung

1. Ordentliche Gerichte

Zur Pfändbarkeit von Entschädigungen aus immateriellen Schäden, insbesondere aus Verstoß gegen das Benachteiligungsverbot; Zu Ansprüchen aus immateriellen Schäden und deren Übertragbarkeit sowie Pfändbarkeit; Zum Kriterium der Inhaltsveränderung bei der Übertragbarkeit eines Anspruchs; Zum höchstpersönlichen Anspruch; Zur Schutzbedürftigkeit der Gläubigerposition BGH, Beschluss vom 18. 6. 2020 – IX ZB 11/19	19
Ampflichtverletzung bei Verwaltungsvollstreckung nicht zugelassener privatrechtlicher Kommunalforderungen; Zur Pflichtverletzung des Vollstreckungsmitarbeiters als Amtswalter; Zur Pflicht, kommunale Geldforderungen rechtlich korrekt den Rechtsgebieten zuzuordnen; Zu den zur Verwaltungsvollstreckung zugelassenen privatrechtlichen Geldforderungen und dem zu beachtenden Verfahrensgang OLG Koblenz, Urteil vom 12. 9. 2019 – 1 U 135/19	41
Zu den Tatbestandsmerkmalen einer Überweisung im zivilrechtlichen Forderungsvollstreckungsrecht; Zur wirksamen Pfändung der Forderung; Zu deren Nichtigkeit; Zur Nichtbeachtung des Pfändungsschutzes, Zur Verstrickung; Zu anderen Vollstreckungsmängeln BGH, Beschluss vom 2. 7. 2020 – VII ZA 3/19	70
Kindergeld kein Einkommen des Kindes gem. § 850c Abs. 4 ZPO; Zur Ausübung des billigen Ermessens gem. § 850c Abs. 4 ZPO; Zu den Eigeneinkünften des unterhaltsberechtigten Kindes; Zu den Unterhaltszahlungen vom anderen Elternteil oder von Dritten; Zur Berechnung des eigenen Bedarfs des Kindes BGH, Beschluss vom 9. 7. 2020 – IX ZB 38/19	88
Aufhebung der Verstrickung einer Kontopfändung während der Wohlverhaltensphase durch gerichtliche Aussetzung; Zulässigkeit im Insolvenzverfahren als geringstmögliche Beeinträchtigung von Pfändungsgläubigern; Wiederaufleben der Verstrickung; Zur Zumutbarkeit einer Überwachung der Dauer einer Aussetzung der Kontopfändung durch die Bank während der Wohlverhaltensphase BGH, Beschluss vom 2. 12. 2021 – IX ZB 10/21	93
Umfang des eigenen Einkommens nach § 850c Abs. 6 ZPO und zum billigen Ermessen bei Entscheidungen des Vollstreckungsgerichts; Zur Funktion des Elterngeldes; Zur generellen Unpfändbarkeit des Mindestelterngeldes nach SGB; Position des BGH bei der Frage der Behandlung von Mindestelterngeld als Einkommen des Unterhaltsberechtigten BGH, Beschluss vom 23. 2. 2022 – VII ZB 41/21	138
Anwendung der Zivilprozessordnung auch bei einstweiliger Einstellung der Zwangsversteigerung zur Verwaltungsvollstreckung; Auswirkungen eines angefochtenen Verwaltungsakts mit dessen Aussetzung der Vollziehung im Zwangsversteigerungsverfahren; erforderliche verwaltungsrechtliche Handlungen BGH, Beschluss vom 15. 7. 2021 – V ZB 130/19	141

Zu den Beweisanzeichen einer Gläubigerbenachteiligung durch den Schuldner; Zum Nachweis einer insolvenzrechtlichen Überschuldung; Zum Umfang der Darlegungslast des Insolvenzverwalters im Anfechtungsprozess; Zum Umfang der Beobachtungs- und Erkundigungsobliegenheiten eines Gläubigers hinsichtlich der Kenntnis des Benachteiligungsvorsatzes BGH, Urteil vom 3. 3. 2022 – IX ZR 53/19		Zur halben Pfändungsgebühr; Zur Entstehung der Pfändungsgebühr auf dem Sachpfändungs- und Forderungspfändungswege; Zur grundsätzlichen Rechtmäßigkeit der Pfändungs- und Einziehungsverfügung – Mit einer Anmerkung von Helmut Hagemann – VG Düsseldorf, Urteil vom 23. 6. 2020 – 27 K 643/19	258
Zur Entstehung der Beitreibungspauschale bei Verzug des Schuldners; Zur Situation bei periodisch entstehenden Entgeltforderungen; Zum Begriff der Entgeltforderung; Zur Leistungserbringung; Zum Verzugseintritt; Zu einem möglichen Fixgeschäft BGH, Urteil vom 22. 8. 2019 – VII ZR 115/18	212	Zum Abrechnungsbescheid über Säumniszuschläge bei Aussetzungskonstellationen; Zum Vorverfahren als Voraussetzung für das behördliche Aussetzungsverfahren; Zu den formellen Voraussetzungen des verwaltungsgerichtlichen Aussetzungsverfahrens; Zum Aussetzungsverfahren gegen den Messbescheid und den Aussetzungsfolgen für das gemeindliche Besteuerungsverfahren OVG NRW, Beschluss vom 18. 9. 2020 – 14 B 985/20	282
Zum Pfändungsschutz von Kaufpreistraten; Zur pfändungsrechtlichen Behandlung von Einkünften aus sogenannter kapitalistischer Tätigkeit; Abgrenzung zu Einkünften, die vom Schuldner nicht erwirtschaftet wurden; Zur Abwägung zwischen den Belangen von Schuldner und Gläubiger; Zum Kontenpfändungsschutz gem. § 850k ZPO; Zum Schuldnerantrag gem. § 850k Abs. 4 ZPO BGH, Beschluss vom 26. 9. 2019 – IX ZB 21/19	232	3. Finanzgerichte Gläubigeranfechtung durch Duldungsbescheid im Falle einer Kontoleihe; Zur Prüfung der tatbestandsmäßigen Voraussetzungen für die Anfechtung durch die Vollstreckungsbehörde; Zur grundsätzlichen Gläubigerbenachteiligung im Falle einer Kontoleihe; Keine objektive Gläubigerbenachteiligung, wenn es sich um Vermögensverschiebungen von unpfändbaren Sachen oder Rechte handelt; Zur Besonderheit der Involvierung eines Pfändungsschutzkontos FG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 30. 1. 2020 – 10 K 10135/18	17
Zur Pfändbarkeit von Ansprüchen aus dem „Taschengeldkonto“ eines Heimbewohners; Zur Übertragbarkeit von Taschengeldansprüchen; Zur Pfändbarkeit der Geldbeträge, die den Höchstbetrag gem. § 27b Abs. 3 SGB XII übersteigen BGH, Beschluss vom 30. 4. 2020 – VII ZB 82/17	255	Zur Verfassungsmäßigkeit des Säumniszuschlagsatzes in der Niedrigzinsphase; Zur Vollziehbarkeit eines Abrechnungsbescheids; Zur Geltendmachung von Einwendungen gegen einen gesetzlich verwirkten Säumniszuschlag; Zur Funktion und Rechtsnatur des Säumniszuschlags; Druckmittel eigener Art; Ausgleich von Verwaltungsaufwendungen; Zinsfunktion als Nebeneffekt FG Münster, Beschluss vom 29. 5. 2020 – 12 V 901/20	45
2. Verwaltungsgerichte Geltendmachung der Kosten einer Ersatzvornahme, Leistungsbescheid als Grundlage einer Forderungspfändung nach Landesrecht Bayern Bay. VGH, Beschluss vom 6. 4. 2020 – 10 C 19.2343	86	Verfassungsrechtliche Zweifel an der Höhe des Säumniszuschlags, soweit der im Zuschlag enthaltene Zinsanteil betroffen ist; Erforderlichkeit einer einheitlichen Entscheidung zur Verfassungsmäßigkeit der Höhe der Säumniszuschläge; Unzulässigkeit der isolierten Beurteilung des Zinsanteils FG Münster, Beschluss vom 16. 12. 2021 – 12 V 2684/21 AO	67
Nachträglich entstandene Einwendungen gegen die Vollstreckung; Voraussetzung für das Unwirksamwerden eines Gebührenbescheids nach dem KAG Bay. VGH, Beschluss vom 18. 10. 2021 – 4 ZB 21.1406	116	Wirtschaftliches Eigentum nach Steuerrecht; Steuergegenstand für Grundsteuer; Auflassungsvormerkung kein ausschließliches Indiz für wirtschaftliches Eigentum BFH, Urteil vom 23. 2. 2021 – II R 44/17	90
Vollstreckungsaufschub unter Gewährung von Ratenzahlung; Zum Verwaltungsaktcharakter des Vollstreckungsaufschubes; Zur Beifügung einer Nebenbestimmung im Hinblick auf die Nichteinhaltung der Ratenvereinbarung; Zum Widerrufsvorbehalt – Mit einer Anmerkung von Helmut Hagemann – OVG NRW, Beschluss vom 5. 6. 2019 – 9 E 264/19	207	Zur Rücknahme eines Haftungsbescheids, Erlass eines Haftungsbescheids im Insolvenzverfahren, Zeitpunkt der erforderlichen haftungsbedingenden Pflichtverletzung BFH, Urteil vom 19. 1. 2021 – VII R 38/19	113
Zur Bindungswirkung des Gewerbesteuermessbescheids in Bezug auf den auf seiner Grundlage erlassenen Gewerbesteuerbescheid; Festsetzungsverjährung des Gewerbesteuermessbescheids; Ablaufhemmung bei Realsteuern; Aussetzung der Vollziehung von Gewerbesteuermess- und Gewerbesteuerbescheiden OVG Saarland, Beschluss vom 17. 6. 2021 – 1 B 72/21	208	Zur Inanspruchnahme von Säumniszuschlägen als Haftungsschuldner; Zur Beweispflicht einer Rüge wegen Ermessensfehler bei einer Billigkeitsentscheidung; Herabsetzung der Haftungsschuld wegen Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit des Steuerschuldners BFH, Urteil vom 14. 12. 2021 – VII R 14/19	166
Gerichtsvollziehvollstreckung eines Bußgeldbescheids; Rechtsweg bei Verweigerung der Vollstreckung durch den Gerichtsvollzieher; Abgrenzung von ordentlichem und verwaltungsgerichtlichem Rechtsweg im Ordnungswidrigkeitenrecht BVerwG, Beschluss vom 29. 12. 2021 – 3 AV 1.21	237	Ernstliche Zweifel i. S. v. § 69 Abs. 2 Satz 2 FGO; Zur Funktion des Säumniszuschlags als Druckmittel und Ausgleich für das Hinausschieben der Zahlung fälliger Steuern; Zum Inhalt eines AdV-Verfahrens – Mit einer Anmerkung von Harald Jordan – BFH, Beschluss vom 23. 5. 2022 – V B 4/22 (AdV)	188
Keine Pfändungsgebühr nach Landesrecht NRW für die Pfändungs- oder Vollstreckungsankündigung; Zur Zulässigkeit der Feststellungsklage nach Erledigung der Forderungspfändung; Zum Rehabilitationsinteresse des Schuldners;			

Zur Außenwirkung einer Online-Anfrage beim BZSt; Gleichlauf von Online-Abfragen beim Einwohnermeldeamt und Abfragen beim BZSt; Zur Notwendigkeit einer Abfrage bei unbekanntem Aufenthaltsort
BFH, Beschluss vom 21. 12. 2021 – VII R 21/19

234

Säumniszuschlag als Druckmittel eigener Art; Zum Verhältnis von Druckmittel, zinsähnlicher Funktion und Verwaltungsaufwand; Ungeklärter Zinsanteil des Säumniszuschlags

BFH, Beschluss vom 28. 10. 2022 – VI B 15/22 (AdV)

278

4. Sozialgerichte

Zum sozialrechtlichen Verwaltungsverfahren; Zur Notwendigkeit der Feststellung einer Erstattung durch Verwaltungsakt; Zum grundsätzlichen Vorrang der vierjährigen Verjährungsfrist; Zur Notwendigkeit eines weiteren Verwaltungsakts für den Übergang in die dreißigjährige Verjährungsfrist, Zur Wirkung einer Mahnung

– Mit einer Anmerkung von Harald Jordan –
BSG, Urteil vom 4. 3. 2021 – B 11 AL 5/20 R

160

Neuerscheinungen

Frind, Praxishandbuch Privatsolvenz 48

Benner/Wiener, Kommunales Finanz- und Abgabenrecht Sachsen-Anhalt 71

Dorell/Lissner, Insolvenzrecht kompakt. Antworten auf die wichtigsten Fragen 95

Jordan, Verwaltungsvollstreckungsrecht der Gemeinden, Landkreise, Bezirke und Zweckverbände in Bayern 216

Henning/Lackmann/Rein (Hg.), Privatsolvenz 240

Stichwortverzeichnis

A	B	Entwicklungen
Abgabenbescheid 97, 282	Beitreibungspauschale	– im Insolvenzrecht aus Sicht der öffentlich-rechtlichen Gläubiger 154
– für die Benutzung einer öffentlichen Einrichtung 116	– Entstehung 230	– im öffentlichen Dienst 220
– nachträgliche Einwendungen 116	Bericht des Bundesvorstands 25	ePayment 13
Abgabenordnung	Beschlagnahme	– wirtschaftliche Vorteile 16
– Abgrenzung zu Säumniszuschlägen 201	– öffentlich-rechtliche ~ 70	Erinnerung gegen Gerichtsvollzieher bei Weigerung 237
– Zinsen 200	Beteiligung 145	Ermittlungsbefugnisse der Vollstreckungsbehörde 184
Abgabenschuldner	– fehlende ~ der Gläubiger im Insolvenzverfahren 145	Ersatzvornahme 86
– Durchsetzung von Abgaben 97	bilaterale Verträge 65	
– Insolvenz und Sanierung 97	Bundesarbeitstagung	
Abnahmeprüfungen zu Datenverarbeitungsprogrammen 274	– Einladung 49	F
Abrechnungsbescheid	– Programm 50	Freigabe
– über Säumniszuschläge 282	– Rückblick 241	– der selbstständigen Tätigkeit 265
– Unterbrechung der Verjährung 282		– Einkommensteuer 268
– Vollstreckung 67	C	– Folgen 265
Anfechtung 177	Corona	– Gegenleistung und Pflichten des Schuldners 267
– Gläubigerbenachteiligung 212	– Sonderzahlung und Pfändung 64, 224, 270	– Umsatzsteuer- und Gewerbesteuerforderungen 268
Antrag	– Übersicht 270	– vor und nach Insolvenzeröffnung 265
– auf Insolvenzeröffnung 29		
– unzulässiger ~ 29	D	G
Antragspflicht 223	Datenschutz 254	Gerichtsvollzieher
Anzeige der Masseunzulänglichkeit 193	Datenspeicherung 104	– Vollstreckung 9
Arbeitstagung 49	Datenverarbeitungsprogramme	Geschäftsanschrift
Aufsicht	– Empfehlungen zu Organisation und Regelungen 274	– Zustellung 29
– Aufgaben der Gläubiger 169	Dienstleister 73, 84	Geschäftsführer
– im Insolvenzverfahren 145, 169	Digitalisierung 84	– Amtsniederlegung 28
– Leitlinien einer ~ 151, 169	Durchgriffshaftung 5	– Löschung im Handelsregister 28
– über den Insolvenzverwalter 147, 169		– Wechsel 28
Aufsichtsmöglichkeiten	E	Gesellschafter
– über den Insolvenzverwalter 173	Eigengesellschaft	– Darlehen/Anfechtung 29
Aufwandsentschädigungen	– kommunale ~ 245	Gesetzesänderung 154
– Aufrechnung 105	– Restrukturierung 245	Gewerbesteuerforderungen nach Freigabe 268
– Pfändbarkeit 106	Eigenverwaltung 31, 245	Gewerbesteuermessbescheid
Ausfallhaftung 6	elektronische Rechnung 73	– Aussetzung 208
Ausland	Elterngeld als Einkommen 138	– Bindungswirkung 208
– Vollstreckung im ~ 64	Energiepreispauschale	– Einwendungen 208
Aussetzung der Insolvenzantragspflicht 223	– Pfändbarkeit 203, 272	Gläubigeranfechtung 17
Aussetzung der Vollziehung		Gläubigerbenachteiligung 17
– Folgen 219		Gläubigerbenachteiligungsvorsatz
– Zinsen 218		– Beweisanzeichen 212

– Durchgriffhaftung	5	Vollstreckung			Z
– Grundlagen der Existenzvernichtungshaftung	3	– Corona-Sonderzahlung	64		Zahlungsansprüche
		– Erzwangungshaft	63		– Strukturen der Durchsetzung
		– im Ausland	64, 128		101
		– in das unbewegliche Vermögen	128		Zahlungserleichterung
		– Restschuldbefreiung	180		– Vollstreckungsaufschub
		– Voraussetzungen der Ersatzvornahme	86		207
V		Vollstreckungsaufschub			Zinsen und Säumniszuschläge
Verjährung		– Entfallen	207		217
– Unterbrechung nach § 231 AO	234	– kein Verwaltungsakt	207		– Anzeige der Masseunzulänglichkeit
– zu Unrecht erbrachter Sozialleistungen	153	Vollstreckungsaußendienst			199
Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens	182	– Schutz	229		Zusatzbedarfe
Versagungsgründe		Vollstreckungsbeamter			88
– Restschuldbefreiung	36	– Aufgaben	10		Zuständigkeit
Versicherung der Bevollmächtigung	136	– Einsatzgründe	10		75
Verstrickung	70	– öffentlich-rechtliche Vereinbarung	11		– funktionelle ~ im Insolvenzverfahren
– Ruhendstellung	93	Vollstreckungsbehörde			75
Verwaltungsakt		– Ermittlungsbefugnisse	184		Zustellauslagen
– Aufhebung und Erstattung	160	Vollstreckungsverbote nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit			61, 225
Verwaltungsvollstreckung	8	Vollziehung			Zwangssicherungshypothek
– Amtspflichtverletzung	41	– Aussetzung	218		80
– Einstellung der Vollstreckung	141	Vorsatzanfechtung	177		– Eintragung
– Zwangsversteigerung	141				80
Verzinsung von Steuernachforderungen	217				– Voraussetzungen
					81
					Zwangsversteigerung
					78
					– Voraussetzungen, Art und Wirkung der Einstellung
					141
					Zwangsvollstreckung
					– Benachrichtigung
					258